

LOHNKÜRZUNGEN ZUM WOHLE DES STANDORTS?

1. Verteilungsentwicklung in Österreich	26
2. Auswirkungen auf die Nachfrage	31
3. Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit?	33

Auszug aus WISO 4/2004

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@ak-ooe.at

Internet: www.isw-linz.at

Bettina Csoka

Mitarbeiterin der
Abteilung
Wirtschaftspolitik der
Kammer für Arbeiter
und Angestellte für
Oberösterreich

Die öffentliche Debatte um wirtschaftspolitische Fragen wird beherrscht durch die immer wieder aufgestellte Formel, dass „der Gürtel enger geschnallt werden müsse“. Dabei soll hauptsächlich in zweierlei Hinsicht Zurückhaltung geübt werden: bei den Erwerbseinkommen der ArbeitnehmerInnen und bei den öffentlichen Haushalten. Zurückhaltung bei den Löhnen und der Unternehmensbesteuerung sei notwendig, um den Standort wettbewerbsfähig zu halten. Öffentliche Dauer-Sparpolitik, um die Stabilität des Geldwertes (nach innen und nach außen) zu garantieren und Finanzkapital anzulocken. Das versprochene Wirtschaftswachstum sowie der Rückgang der Arbeitslosigkeit bleiben aber aus.

*Umverteilung
des gesamtwirtschaftlichen
Reichtums von
den Erwerbseinkommen zu
den Gewinn- und
Vermögenseinkommen*

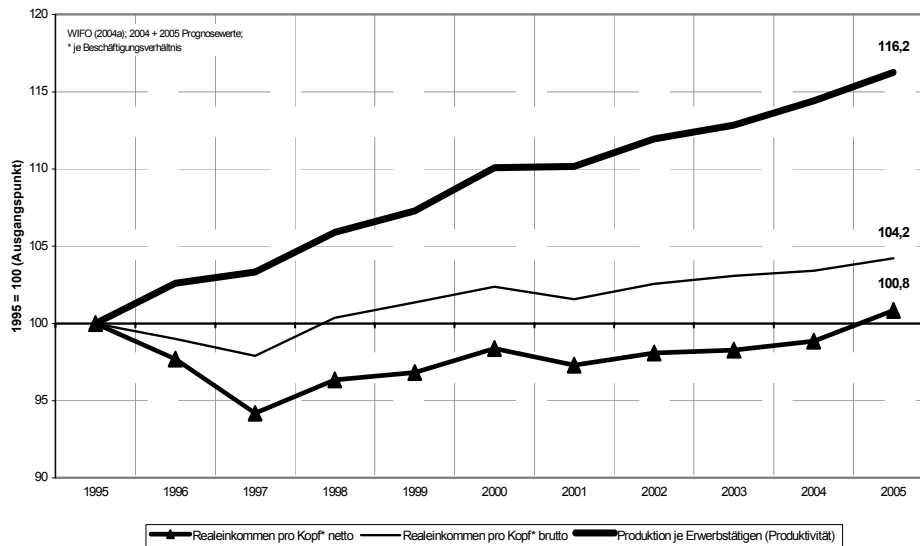
Ergebnisse dieser Politik sind vielmehr

- eine Umverteilung des gesamtwirtschaftlichen Reichtums von den Erwerbseinkommen der unselbstständigen Beschäftigten zu den Gewinn- und Vermögenseinkommen, begleitet vom Rückbau des Sozialstaates und von der Individualisierung gesellschaftlicher Risiken, sowie
- wirtschaftliche Stagnation und anhaltend hohe Arbeitslosigkeit.

1. Verteilungsentwicklung in Österreich

Trotz steigender Produktionsleistung je Erwerbstätigen bleibt die Erhöhung der Reallöhne je ArbeitnehmerIn zurück. Netto, nach Abzug von Steuern und Abgaben, hat ein/e österreichische ArbeitnehmerIn im Vergleich zum Jahr 1995 sogar einen Reallohnverlust (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Reallöhne in Österreich steigen langsamer als die Arbeitsproduktivität



Während einerseits die ArbeitnehmerInnen immer weniger vom gemeinsam erwirtschafteten Einkommen erhalten, können die Unternehmen einen kontinuierlich größer werdenden Anteil in Form von Gewinneinkommen erzielen. Diese Auseinanderentwicklung zeigt sich im bereits Jahrzehnte andauernden Rückgang der Lohnquote. Betrug die Lohnquote in Österreich Ende der 1970er Jahre noch knapp 80 %, wird sie im Jahr 2003 nur mehr 70,9 % ausmachen.¹

Rückgang der Lohnquote

1.1. Neoliberale Trendwende²

Gemäß dem Konzept einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik steht die Frage im Mittelpunkt, „inwieweit die Beschäftigten am Produktivitätsfortschritt partizipieren“ können und „hierdurch eine gleichgerichtete Entwicklung von Produktion und Konsum unterstützt“³ wird.

Durch das Verhältnis von Reallohn- und Produktivitätsentwicklung wird die Verteilungsrelation zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen bestimmt. Je nach Abstand zwischen Nominallohnerhöhung und dem Ausmaß der Preissteigerung resultiert eine Reallohnerhöhung, -stagnation oder -rückgang. Entspricht der Anstieg der Reallöhne dem Wachstum der Arbeitsproduktivität, wird der sogenannte neutrale Verteilungsspielraum ausgeschöpft, der das Verteilungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit konstant hält. Den Produktivitätsfortschritt überschreitende Reallohnerhöhungen haben eine Einkommensumverteilung zugunsten der Beschäftigten zufolge.

*ab Mitte
der 1970er
Trendwende*

In der europaweiten Entwicklung (EU 15) lassen sich – von Ausnahmen abgesehen – folgende Phasen unterscheiden:⁴ Während bis Mitte der 1970er Jahre der neutrale Verteilungsspielraum in der Regel ausgeschöpft und teilweise überschritten wird, findet ab Mitte der 1970er Jahre eine Trendwende statt. „Die in fast allen EU-Staaten gleichgerichtete Entwicklung der Löhne und der Einkommensverteilung zuungunsten der Beschäftigten kann somit als das Ergebnis eines nun mehr als zwei Jahrzehnte andauernden europäischen Lohnsenkungswettbewerbs interpretiert werden.“⁵

*wettbewerbs-
orientierte
Lohnpolitik*

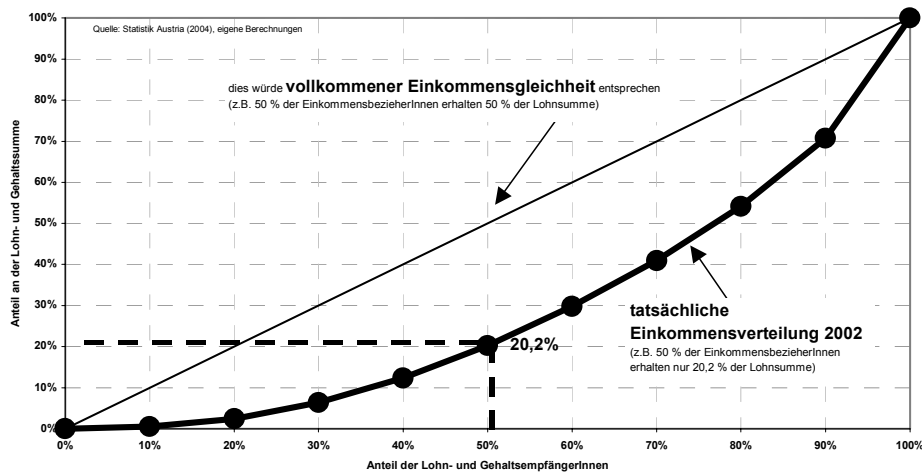
Insbesondere durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die vorherrschenden neoliberalen Verhältnisse wird die Verhandlungsposition der Gewerkschaften zunehmend geschwächt. „Unter der Hegemonie des Neoliberalismus ... (ist) die expansive Lohnpolitik, die sich am Produktivitätszuwachs orientiert oder diesen sogar überschreitet, ... einer wettbewerbsorientierten Lohnpolitik gewichen, die zu einem zentralen Parameter im globalen Standortwettbewerb geworden ist und auf eine Politik der permanenten Lohnzurückhaltung setzt.“⁶

1.2. Arbeitseinkommen in Österreich⁷

Nicht nur die Einkommen aus Arbeit und Kapital driften auseinander, auch innerhalb der Lohn- und GehaltsbezieherInnen in Österreich geht die Einkommensschere auseinander. Die grafische Darstellung der Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2002 nach Einkommensdezilen zeigt die ungleiche Verteilung (siehe Abbildung 2), deren Ausmaß anhand der Wölbung der Kurve nach unten erkennbar wird. Während die Hälfte der ArbeitnehmerInnen mit nur etwa einem Fünftel der gesamt ausbezahlten Löhne und Gehälter auskommen musste, erhält das oberste Einkommenszehntel ein knappes Drittel.

auch innerhalb der Lohn- und GehaltsbezieherInnen geht die Einkommensschere auseinander

Abbildung 2: Verteilung der Bruttolöhne und -gehälter in Österreich



Das unterste Einkommensfünftel (mehr als 730.000 Menschen) teilt sich im Jahr 2002 2,1 Milliarden Euro an Bruttolöhnen und -gehältern. Mit 5,5 Milliarden Euro kommt das oberste Einkommensprozent (36.700 Menschen) auf mehr als das Doppelte. Und die Ungleichverteilung weitet sich aus.

Allein in den Jahren 1997 bis 2002 übertraf der Einkommenszuwachs der Höchstverdienenden (fast 19 %) jenen der Niedrigverdienenden (4,2 %) um ein Vielfaches.

Spitzenverdienste von Managern

Die Auseinanderentwicklung der Erwerbseinkommen ist maßgeblich durch die hohe Zahl atypischer und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse bestimmt, die niedrig entlohnt werden. Nach einer Untersuchung der AK Wien und des ÖGB sind in Österreich bereits mehr als eine Million Menschen atypisch beschäftigt.⁸ Am oberen Ende der Einkommensskala befinden sich hingegen Spitzenverdienste von Managern wie Magna-International-Chef Siegfried Wolf, der mit 9,2 Millionen Euro im Jahr 2003 das mit Abstand höchste Jahresgehalt in Österreich bezog.⁹

beträchtlicher Einkommensnachteil von Frauen gegenüber Männern

Verschärfend wirkt auch die Relation der Verdienste zwischen den Geschlechtern, die durch einen beträchtlichen Einkommensnachteil von Frauen gegenüber Männern gekennzeichnet ist. Auch bei durchgängiger Vollzeitbeschäftigung verdienten im Jahr 2002 Arbeitnehmerinnen im Österreich-Durchschnitt nur knapp mehr als zwei Drittel (68,5 %) des Jahreslohns oder -gehalts von Arbeitnehmern. Vollzeitbeschäftigte Frauen verdienen zwischen 28,4 % (Wien) und 41 % (Vorarlberg) weniger als Männer.¹⁰

1.3. Vermögen

allein die 100 reichsten Österreicher: Geldvermögen von über 50 Milliarden Euro

Vermögen sind statistisch kaum erfasst. Die von der Österreichischen Nationalbank (ÖNB) ausgewiesenen Geldvermögen der österreichischen Haushalte belaufen sich mit Jahresmitte 2004 auf 320 Milliarden Euro.¹¹ Salopp berechnet ergibt sich ein statistischer Durchschnitt von etwa 40.000 Euro pro EinwohnerIn in Österreich, der für den Großteil der Menschen aber unerreichbar bleibt.

Bekannt ist, dass allein die 100 reichsten Österreicher ein Vermögen (Wertpapiere, Unternehmensbeteiligungen, Immobilien) von über 50 Milliarden Euro besitzen, wovon sich etwa

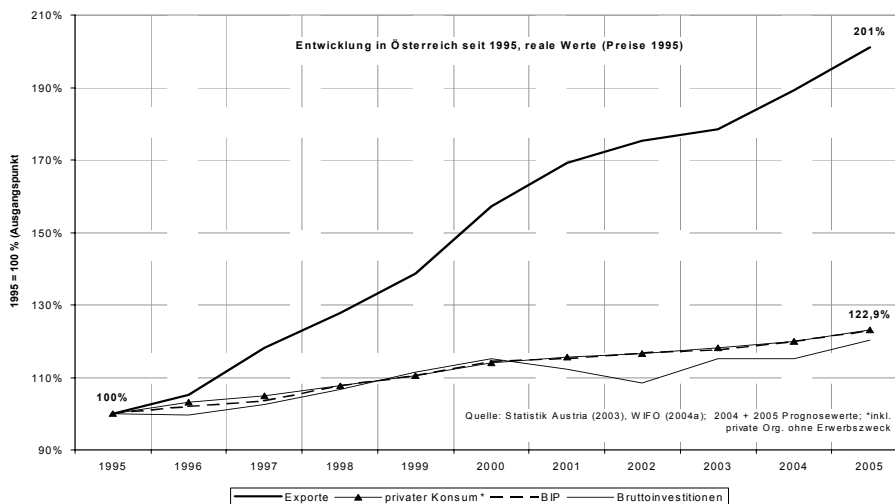
32 Milliarden Euro auf nur 15 Milliardäre Österreichs konzentrieren.¹² Der Großteil dieser Vermögen wird zur steuerbegünstigten Vermehrung in Privatstiftungen geparkt.¹³

2. Auswirkungen auf die Nachfrage

Die karge Lohnentwicklung, hohe Arbeitslosigkeit und zunehmende Verunsicherung bezüglich der Entwicklung der Sozialsysteme wirken sich dämpfend auf die Konsumnachfrage der privaten Haushalte aus. Die mangelnde Kaufkraft der KonsumentInnen trübt die Absatzaussichten der Unternehmen, weswegen beschäftigungswirksame private Investitionen ausbleiben. Die mäßige Entwicklung von Inlandskonsum und -investitionen wirkt sich negativ auf das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus.

*mangelnde
Kaufkraft der
KonsumentInnen*

Abbildung 3: Wirtschaftswachstum bleibt mit Inlandsnachfrage weit hinter Exporten zurück



Während sich im Vergleich zu 1995 die österreichischen Exporte bis 2005 verdoppeln werden, bleibt das Wachstum des Inlandsmarktes weit zurück. Insbesondere die letzten Jahre seit der Jahrtausendwende sind gekennzeichnet durch

schwaches Wirtschaftswachstum und hohe Arbeitslosigkeit schwaches Wirtschaftswachstum und hohe Arbeitslosigkeit. Seit dem Jahr 2000 stieg die Arbeitslosenquote in Österreich von 5,8 % auf 7 % im Jahr 2003 an. 240.000 Menschen waren im Vorjahr als Arbeitslose registriert (Jahresdurchschnitt).¹⁴

2.1. Expansive Wirtschaftspolitik zur Konjunkturbelebung

Dass expansive Budgetpolitik im Konjunkturtief – auch auf nationalstaatlicher Ebene – über Nachfrageeffekte positiv auf das Wirtschaftsgeschehen wirkt, ergibt eine Untersuchung des WIFO aus dem Jahr 2003.¹⁵

Tabelle 1: Effekte expansiver Impulse im Ausmaß von je etwa 1 % des BIP

Ausweitung der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen	
Kurzfristiger Anstieg des BIP um 1,2 % bis 1,8 %	Beschäftigung erhöht sich um 33.000 bis 36.000 Arbeitsplätze
	Rückgang der Arbeitslosenquote um bis zu 1 Prozentpunkt
Erhöhung der Staatsausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologien	
Kurzfristiger Anstieg des BIP um 1 % bis 1,1 %	Beschäftigung erhöht sich um 21.000 bis 27.000 Arbeitsplätze
	Rückgang der Arbeitslosenquote um bis zu 0,8 Prozentpunkte
Senkung der Lohn- und Einkommensteuer für das untere Einkommensdrittel	
Kurzfristiger Anstieg des BIP um 0,9 %	Beschäftigung erhöht sich um 17.000 Arbeitsplätze
	Rückgang der Arbeitslosenquote um 0,5 Prozentpunkte

Quelle: WIFO (2003), S. 2ff

je nach Einkommensschicht unterschiedliche Konsum- und Sparneigungen Bezüglich der Steuerpolitik ist anzumerken, dass nur Entlastungen des unteren Einkommensdrittels eine merkliche Beschleunigung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums zur Folge haben, was auf je nach Einkommensschicht unterschiedliche Konsum- und Sparneigungen zurückzuführen ist. Nur wenn das Zusatzeinkommen rasch wieder für inländische Konsumgüter ausgegeben wird, steigt das BIP.

Während das unterste Einkommensdrittel eine kurzfristige Konsumneigung von 0,8 bzw. langfristig 1,2 aufweist, sind es beim obersten Drittel nur kurzfristig 0,4 bzw. langfristig 0,8. Das bedeutet, dass Menschen mit niedrigeren Einkommen den überwiegenden Teil (80 %) einer Erhöhung des verfügbaren Einkommens sofort wieder ausgeben, langfristig sogar 120 % (Verschuldung). Die dadurch erzielte Erhöhung der Gesamtnachfrage zieht auch eine Ausweitung der privaten Investitionen nach sich.¹⁶

3. Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit?

Die hohen Exportsteigerungen zeigen, dass Österreich kein Problem mit seiner Wettbewerbsfähigkeit hat. Allein im ersten Halbjahr 2004 verzeichneten die Güterausfuhren einen Anstieg von 11 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum.¹⁷

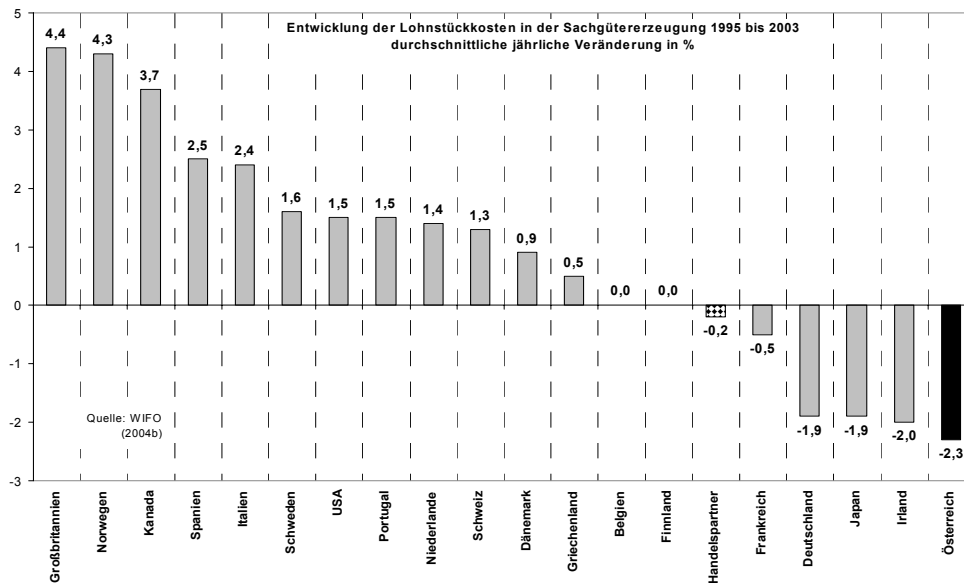
*Österreich:
kein Problem
mit seiner
Wettbewerbs-
fähigkeit*

Obwohl in der öffentlichen Debatte vorwiegend auf die absolute Höhe der Arbeitskosten abgestellt wird, sind für die Beurteilung der preislichen „Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt nicht nur die Kosten der Arbeitskraft und die Wechselkursrelationen ausschlaggebend, sondern auch die Produktivität des Faktors Arbeit, also die Produktionsleistung je Arbeitsstunde“.¹⁸

Die für internationale Vergleiche relevanten Lohnkosten je Produktionseinheit, die sogenannten Lohnstückkosten, sinken in Österreich seit Jahren. Mit minus 2,3 % ist der durchschnittliche jährliche Rückgang der Lohnstückkosten in der Sachgütererzeugung im Zeitraum 1995 bis 2003 in Österreich sogar am höchsten (siehe Abbildung 4). Was im Übrigen Ausdruck einer massiven Umverteilung zuungunsten der ArbeitnehmerInnen ist (siehe dazu weiter oben).

*Lohnstückkosten
sinken seit
Jahren*

Abbildung 4: Rückgang der Lohnstückkosten in Österreich am höchsten



3.1. Fokus auf Kosten

Nach einer Untersuchung des Fraunhofer Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung ISI revidiert jedes dritte Unternehmen, das seine Produktion ins Ausland verlagert, diese Entscheidung. „Insgesamt sind kostenorientierte Verlagerungen mit einem höheren Risiko des Scheiterns behaftet als Standortentscheidungen, bei denen Märkte und Kunden im Mittelpunkt stehen.“¹⁹

Es ist zu berücksichtigen, dass „die Produktionskosten nach neueren Erkenntnissen der Ökonomie keineswegs als wichtigstes oder gar einziges Kriterium der Standortwahl zu betrachten (sind), wie dies ältere ökonomische Ansätze unter den (unrealistischen) Annahmen perfekter Märkte, vollständiger Information und atomistischer Anbieterstrukturen tun ... So

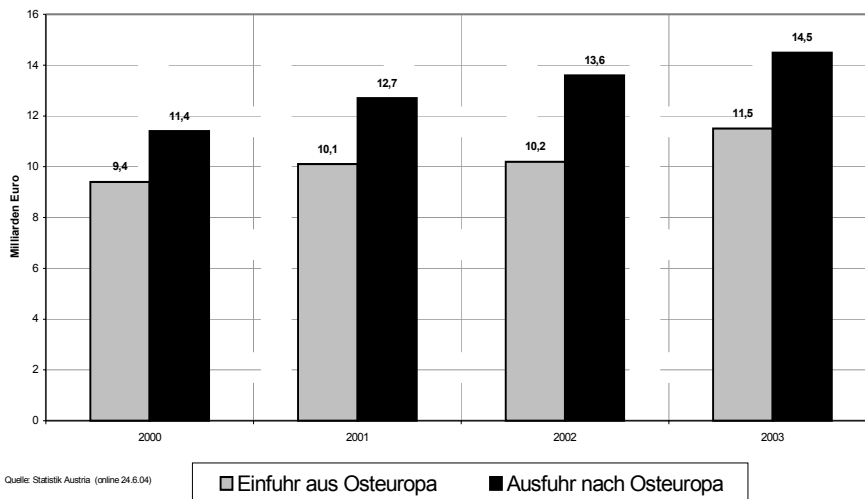
können hohe Faktorpreise auch Anreize schaffen, in (kosten-senkende) Prozessinnovationen zu investieren, oder (als Faktoreinkommen) nachfrageschaffend wirken ... Die preisbestimmte Wettbewerbsfähigkeit dürfte daher eher für die kurz- bis mittelfristige Entwicklung einer Wirtschaft bedeutend sein, deren langfristige Position wird dagegen durch strukturelle, technologische und Qualifikationsaspekte bestimmt.“²⁰

hohe Faktorpreise können nachfrageschaffend wirken

(Lohn-)Kosten entscheiden also längst nicht alles. Die Vorteile unserer Industrie liegen in erster Linie in Produktqualität, Marktnähe sowie gutqualifizierten und motivierten MitarbeiterInnen. Außerdem machen die Löhne durchschnittlich nur noch 10–15 % der Gesamtkosten in der Industrie aus.²¹ Mit den osteuropäischen (Niedriglohn-)Ländern weist Österreich sogar eine positive Außenhandelsbilanz auf:

Vorteile unserer Industrie: Produktqualität, Marktnähe, gut qualifizierte MitarbeiterInnen

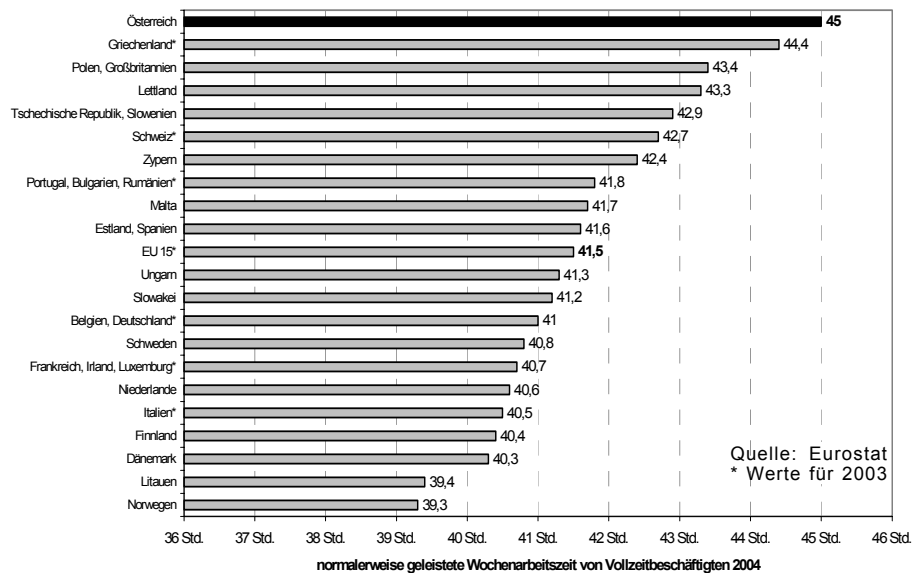
Abbildung 5: Im Außenhandel mit Osteuropa erzielt Österreich einen Ausfuhrüberschuss



3.2. Arbeitszeitverlängerung

Auch bei den aktuellen Auseinandersetzungen um die Flexibilisierung bzw. Ausdehnung der (Normal-)Arbeitszeit in Österreich wird immer wieder die angeblich mangelnde Wettbewerbsfähigkeit ins Spiel gebracht. Dabei arbeiten Österreichs Vollzeitbeschäftigte mit 45 normalerweise geleisteten Wochenstunden am längsten (siehe Abbildung 6).

Abbildung 6: Österreich hat europaweit die höchste Arbeitszeit



Streichung von Überstundenzuschlägen hat auch nachteilige Nachfragewirkungen

Die konkrete Forderung nach Anhebung der Normalarbeitszeit von 8 auf 10 Stunden bzw. der Höchstarbeitszeit (inklusive Überstunden) von 10 auf 12 Stunden zielt auf die Streichung von Überstundenzuschlägen ab. Die daraus resultierende Lohnkürzung zieht sofort nachteilige Nachfragewirkungen, eine Verlangsamung des ohnedies schwachen Wirtschaftswachstums und eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit nach sich.

Die hohe Arbeitslosigkeit ist ja bereits Ausdruck für einen Arbeitsangebotsüberschuss: „Und während eines Überangebots an Arbeitskräften die Arbeitszeit zu verlängern, ist nicht ratsam. Zudem würde ohne Lohnausgleich die Lohnsumme sinken, was sich negativ auf den ohnehin nicht berauschenden Konsum auswirken würde.“²²

Anmerkungen:

- 1 Statistik Austria (2003) und WIFO (2004a), eigene Berechnungen; Lohnquote berechnet als Anteil der ArbeitnehmerInnen-Entgelte (inkl. Sozialversicherungsabgaben der Arbeitgeber) am Volkseinkommen. Wird die Lohnquote um Veränderungen der Erwerbstätigenstruktur (steigender Anteil unselbstständiger Erwerbstätiger an allen Erwerbstätigen) „bereinigt“, zeigt sich eine noch stärkere Verschiebung der Verteilungsposition der ArbeitnehmerInnen.
- 2 Folgendes ist angelehnt an: Schulten, T., Solidarische Lohnpolitik in Europa, Hamburg, 2004
- 3 Schulten, T., Solidarische ..., a.a.O., S. 179
- 4 Schulten, T., Solidarische ..., a.a.O., S. 186
- 5 Schulten, T., Solidarische ..., a.a.O., S. 198 f
- 6 Schulten, T., Solidarische ..., a.a.O., S. 19
- 7 Folgende Daten sind aus: Statistik Austria, Statistik der Lohnsteuer 1997, Wien 1999 und Statistik Austria, Statistik der Lohnsteuer 2002, Wien, 2004. In der Lohnsteuerstatistik werden alle Bruttobezüge inklusive Sonderzahlungen erfasst.
- 8 AK Wien, ÖGB, Atypisch beschäftigt – Typisch für die Zukunft der Arbeit?, Wien, Februar 2003
- 9 Format 19/04
- 10 Statistik Austria, Statistik der Lohnsteuer 2002, Wien, 2004
- 11 ÖNB, Presseaussendung 22.10.2004
- 12 Trend 7-8/2004
- 13 Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung ÖGPP, Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien, Juli 2004, S. 82. Solange das Geldvermögen in einer Privatstiftung bleibt, werden Zinserträge nur mit 12,5 % besteuert. Von Spargbuchzinsen hingegen werden 25 % Kapitalertragssteuer abgezogen.
- 14 Arbeitsmarktservice Österreich (www.ams.or.at); nationale Berechnung: vorgemerkte Arbeitslose in % des Unselbstständigen-Arbeitskräfteangebotes
- 15 WIFO, Auswirkungen öffentlicher Konjunkturimpulse auf Wachstum und Beschäftigung, Wien, Oktober 2003
- 16 WIFO, Auswirkungen ..., a.a.O., S. 23
- 17 ÖNB, Presseaussendung, 8.10.2004
- 18 WIFO, Internationale Lohnstückkostenposition 2003 wechselkursbedingt verschlechtert, in: Monatsberichte 9/2004, Wien, 2004, S. 682
- 19 Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung ISI, Presseinformation 04/2004, 2.03.2004

- 20 WIFO, Peter Mayerhofer, Zweiter Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens, Wien, Juli 2003, S. 67 und 134. Die Aussagen nehmen Bezug auf: WIFO, Karl Aiginger, Der Einfluss von Steuern und Förderungen auf Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsdynamik in Österreich, Wien, 2002
- 21 Felderer, B. in: www.orf.at, 5.07.2004
- 22 Aiginger, K. in: Oberösterreichische Nachrichten, 29.6.2004

Literaturhinweise:

- AK Wien, ÖGB, Atypisch beschäftigt – Typisch für die Zukunft der Arbeit?, Wien, Februar 2003
- Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung ÖGPP, Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien, Juli 2004
- Schulten, T., Solidarische Lohnpolitik in Europa, Hamburg, 2004
- Statistik Austria, Statistik der Lohnsteuer 1997, Wien 1999
- Statistik Austria (2003): Statistik Austria, Statistisches Jahrbuch Österreichs 2004, Wien, 2003
- Statistik Austria (2004): Statistik Austria, Statistik der Lohnsteuer 2002, Wien, 2004
- WIFO (2003): WIFO, Auswirkungen öffentlicher Konjunkturimpulse auf Wachstum und Beschäftigung, Wien, Oktober 2003
- WIFO, Peter Mayerhofer, Zweiter Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens, Wien, Juli 2003
- WIFO (2004a): WIFO, Prognose für 2004 und 2005: Export als Konjunkturmotor, Wien, Oktober 2004
- WIFO (2004b): WIFO, Internationale Lohnstückkostenposition 2003 wechsellkursbedingt verschlechtert, in: Monatsberichte 9/2004, Wien, 2004

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@ak-ooe.at
Internet: www.isw-linz.at